

# Deutsche Universität – WOHIN?



Die moderne deutsche Universität, von Wilhelm von Humboldt 1809/10 konzipiert und in Berlin als Prototyp etabliert, hat sich den Ruhm verdient, unser Land zu wissenschaftlich-technischer Weltgeltung geführt zu haben. Aus dem sprichwörtlichen Land der Dichter und Denker ist das Land der Naturwissenschaftler und Ingenieure geworden. Tatsächlich stellen die 900.000 deutschen Ingenieure eine der größten akademischen Berufsgruppen dar, und im Jahre 2000 wird es weltweit eine größere Zahl von Naturwissenschaftlern geben als in der gesamten Technikgeschichte. Es kann mir nicht darauf ankommen, die Bedeutung der Sprach- und Kulturwissenschaften

für die Zukunft des Landes herunterzuspielen. Dennoch darf angemerkt werden, daß 60 Prozent der in den letzten Jahren neuangestellten Akademiker ingenieurwissenschaftlich qualifiziert waren, während derzeit nur neun Prozent der Studenten in diesen Universitätsfächern eingeschrieben sind. Jeder fünfte Student ist an den deutschen Universitäten in sprach- und kulturwissenschaftlichen Studiengängen eingeschrieben; nur der schmale Anteil von zwei Prozent aller neuangestellten Hochschulabsolventen gehört jedoch den Geisteswissenschaftlern.

Auch wenn sich Bedarf und Nachfrage in keinem Fach ständig aufeinander

anpassen lassen, so zeigt die Entwicklung doch, daß die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in ganz besonderer Weise von Leistungen im Hochtechnologiebereich geprägt ist.

Die Hochschul-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik einschließlich der Industriepolitik wird deshalb auf die Technikorientierung und ihre Parameter Rücksicht nehmen müssen.

## Universität heute

Die aktuelle Situation der deutschen Universität ist trotz sichtbarer Leistungszentren relativ monoton, was vorwiegend auf die Einebnung kulturförderalistischer Momente durch das seit 20 Jahren existierende Hochschulrahmengesetz (HRG) zurückzuführen ist. Dieses Gesetz regelt u. a. den Universitätszugang auf der Grundlage des Art. 12 GG, während es den Funktionsschutz für die Universität – wie aus Art. 5 Abs. 3 GG hervorgeht – unberücksichtigt läßt. Wer eine „entsprechende Qualifikation“ nachweist (Art. 27 HRG), muß zum Studium zugelassen werden. Diese Qualifikation wird in der „Allgemeinen Hochschulreife“ (Abitur) anerkannt.

Bisher wenig beachtet, wird genau beim Abiturniveau das HRG als Bundesgesetz durch Kräfte kulturförderalistischen Ursprungs überholt: Die letzte Vereinbarung der Kultusminister-Konferenz vom Dezember 1996 zeigt in gerade typischer Weise, wie stark die Kulturpolitik der einzelnen Bundesländer – wie dies nicht anders zu erwarten ist – auf die Hochschul-Eingangsklassifikationen einwirkt, mit denen wir es heute zu tun haben.

Von einer „allgemeinen“, d. h. für alle Studienfächer als Eingangsvoraussetzung akzeptablen Hochschulreife kann meines Erachtens nur gesprochen werden, wenn die fünf Kern- und Abiturfächer Deutsch, Mathematik, Geschichte, eine Fremdsprache sowie eine Naturwissenschaft bundeseinheitlich nachgewiesen sind. Die neuerdings gehäuft auftretenden „Substitutionsfächer“ (z. B. Darstellendes Spiel statt Deutsch) halte ich für eine Verwässerung des deutschen Abiturs, ebenso wie eine verfrühte, einseitige Spezialisierung im Kollegstufensystem abträglich ist. Wenn es denn schon bei den 13

Schuljahren bleiben muß, dann sollten sich im letzten Jahr Gymnasium und Universität begegnen, indem sie fachlich miteinander verschränkt werden (z. B. Seminarkurse). Das 13. Schuljahr ist bisher weit von einer echten Orientierungsstufe für die Universität entfernt, wie allein die dramatisch hohen Studienabbrucherquoten zeigen (etwa 30 Prozent bei den Universitäten, rund 20 Prozent bei den Fachhochschulen). Auch fehlt es den beiden aufeinander aufbauenden Institutionen Gymnasium und Universität an personeller Durchlässigkeit; sie könnte etwa in einer zeitlich beschränkten Mitwirkung besonders qualifizierter Lehrkräfte in der studentischen Ausbildung bestehen, verbunden mit der Möglichkeit zur Teilhabe am Fortschritt der Wissenschaft (Magister- oder Promotionsarbeit). Auch in künftige Auswahlgespräche für Studienbewerber sollten Gymnasiallehrer ihre pädagogischen Erfahrungen einbringen.

Das deutsche Universitätssystem krankt an fehlendem Wettbewerb und an mangelhafter Internationalität. Diese Defizite kann man zum Teil auf eine institutionelle Schwächung der Hochschulautonomie zurückführen. Der Staat (Bundesland) hat bisher mehr als mit der ihm zustehenden Eigentümer- und Richtlinienkompetenz auf die Universitäten eingewirkt. Unzählige Detailentscheidungen fallen letztlich nicht in der Universität, und dort schon gar nicht in den zahlreichen Gremien. Es sind vielmehr die Kultus- und Wissenschaftsministerien, die – wiederum als Partialfunktion der Finanzministerien – bis in das akademische Tagesgeschäft hineinreden. Solange dadurch unbequeme und unangenehme Entscheidungen übernommen wurden, hatten die Universitäten wenig dagegen, verzichteten so aber Zug um Zug auf ihr eigentliches Kraftzentrum: die korporative Autonomie, und durch zahlreiche staatliche Einzeleingriffe über Jahrzehnte hinweg konnte sich bei keiner Universität ein spezifisches Profil herausbilden, das dann zu einer spezifischen Nachfrage bei Studenten aus dem In- und Ausland geführt hätte.

Selbst Technische Universitäten unterscheiden sich in ihren naturwissenschaftlichen Fächern bestenfalls

sektoral (z. B. Technische Chemie, Technische Physik) von den Universitäten. Andererseits hatte die staatliche Bildungspolitik selten Weitblick und Kraft genug, um wenigstens innerhalb ihres Bundeslandes Schwerpunktsetzung mit dem Mut zur Lücke zu forcieren. Deshalb sind nur vereinzelt international sichtbare Forschungszentren mit kritischer Masse entstanden. Weitgehend unbeachtet geblieben ist auch eine auf beiden Seiten selbstbewußte Zusammenarbeit zwischen Universität und Industrie. Nachwirkungen der 68er Jahre klingen zwar exponentiell ab, sind aber immer noch zu spüren.

#### Universität morgen: Reformbedarf

Die deutsche Universität steht einerseits vor dem Problem, eine immer größere Zahl von Studierenden aufnehmen und ausbilden zu müssen: Derzeit studieren 1,5 Millionen junge Menschen in den Universitäten, weitere 450.000 in den Fachhochschulen. Ganz unbestritten wird der Studienplatzbedarf weiter ansteigen, und zwar aus demographischen und wirtschaftspolitischen Gründen. Die Vorstellungen unserer Gesellschaft über ihre Lebensgestaltung werden aber nur dann erfüllbar sein, wenn wir verstärkt auf Höchstleistungen in der Hochtechnologie setzen, ein doppelter Superlativ! Nur wenn es uns gelingt, in hochdifferenzierten Prozessen erfolgreich zu sein, seien es ausgeklügelte technische Werkzeuge oder komplexe Dienstleistungssysteme, werden wir weiterhin ein international ernstzunehmender, womöglich sogar geachteter Wirtschaftspartner bleiben können. Grundvoraussetzung hierfür ist die weitere Anhebung des durchschnittlichen Ausbildungsniveaus, auf deren Fundament dann noch vermehrt Spitzenleistungen aufzusetzen sind. Es müssen also mehr statt weniger junge Menschen in den Genuß einer Hochschulausbildung kommen. Allerdings bin ich der Auffassung, daß der weit stärkere Zuwachs den Fachhochschulen mit der Verfügung kurzfristig nutzbaren Verfügungswissens gehören muß, während die Universitäten kleiner aber hochkarätig und deshalb wohl nicht billiger werden müssen. Nachdem man sich mittlerweile halbwegs aneinander gewöhnt hat, müssen Universitäten und Fachhochschulen jetzt ihre

Beziehungskisten ordnen und sich auf die Ziele verständigen.

Verkürzt dargestellt, muß die Universität mitten aus der Wissenschaft heraus unterrichten, weshalb ihr die Forschung gehört. Sie ist aber auch verantwortlich zu machen für den wissenschaftlichen Fortschritt in unserem Lande. Schon heute hat die Universität zu viele „übermotorisierte Studienplätze“, weshalb sie kleiner werden und sich stärker den wirklich wissenschaftlich interessierten jungen Menschen zuwenden und diese über die Maßen fördern muß. Die Fachhochschulen hingegen haben Ausbaubedarf, gerade weil wir Deutschen in der Übersetzung von Nobelpreiswissen in technisch funktionierende Produkte und Prozesse zu schwach geworden sind und weil viele Berufsfelder der tiefen wissenschaftlichen Durchdringung nicht bedürfen.

Der Reformbedarf der Universitäten richtet sich auch auf ihre innere Struktur. Spezifische Hochschulprofile müssen skizziert, Globalziele formuliert und Zielvereinbarungen getroffen werden. Der Staat als Eigentümer kann erwarten, daß sich diese Ziele – trotz aller Unsicherheiten – auch am Arbeitsmarkt orientieren, denn die Bildungs- und Forschungseinrichtung Universität „ist



Prof. Dr. Drs. h.c.  
Wolfgang A. Herrmann,  
Präsident der Technischen  
Universität München



„Wachstum ... muß ‚besser‘ heißen.“

eine Schule, aber eine einzigartige Schule“ (Karl Jaspers). An die Stelle von Gremienmittelmaß (die ein zufriedenstellender Ersatz für die vielgescholtene Ordinarienherrlichkeit nicht zu werden vermochte) müssen Prozeßverantwortlichkeiten treten, die klar gegliedert und nach Kompetenzen sortiert sind. Gemeint sind hier eine aufgabenkongruent (also nach den Zielen der Universität) besetzte Hochschulleitung sowie mit Befugnissen im Personal- und Sachmittelbereich ausgestattete Fachvorstände (!) als Dekane; letztere sollten durch Studiendekane assistiert sein, deren Aufgabe in der Sicherstellung „Zielvereinbarung Lehre“ besteht, eine unmittelbare Verantwortlichkeit also den Studenten gegenüber.

Wenn wir auf klar gegliederte Prozeßverantwortlichkeiten vorbereitet sind (was die Schärfung administrativer Instrumentarien voraussetzt), dann haben wir auch jene korporative Autonomie verdient, die erforderlich ist, um die zahlreichen qualifizierten Einzelkräfte aus dem Fächerspektrum einer Universität wirksam werden zu lassen. Autonomie fängt auch Schwächen auf, wenn sie nicht als bloße individuelle „Freiheit von Forschung und Lehre“ (Art. 5, Abs. 3 GG) mißverstanden wird. Autonomie bedeutet zuerst Selbstbeschränkung und Verantwortung, dann aber Mut zur Entscheidung.

Erforderlich ist eine Kompetenzstärkung der Hochschulleitung und der

Dekane, abzuschaffen sind in der akademischen Welt Proporzgremien der Gruppeninteressen. Präsident und Dekane müssen die sicheren Garantien für die wohlverstandenen Interessen der Studenten, Mitarbeiter und Professoren sein. Man muß wieder den Mut haben, in verantwortungsbewußte Persönlichkeiten zu vertrauen statt sie durch letztlich anonyme Gremien zu ersetzen, die am Ende für niemanden und nichts wirklich gerade stehen.

Aber auch starke Persönlichkeiten können ihre Stärken nur in einem fruchtbaren, kooperativen Umfeld zur Entfaltung bringen. Das heißt: Es muß ein Forum geben, wo sich die Fächerkulturen einer Universität auf die Leitungsentscheidungen abbilden. Der Akademische Senat wird diese Funktion erfüllen, wenn er aus den besten und engagiertesten Mitgliedern der Universität besteht, die wie der Präsident fähig sind, sich von Eigenbedarf freizumachen. Die bisher fehlende Außensicht der Universität kann der Hochschulrat leisten, wenn er die Besten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft für harte, häufige Mitarbeit zu rekrutieren vermag. Die Bestellung des Hochschulrats muß ebenso Sache der Universität sein wie die Wahl des Präsidenten. Externe Kompetenz darf nicht weiter ein Schimpfwort der Eitelkeit sein. Die Dekane sollen vom Präsidenten nominiert und von der Fachdisziplin gewählt werden.

Klare Gliederungs- und Verantwortungsstrukturen sollten dem Staat einiges an Mißtrauen beim Thema Bewirtschaftung nehmen, wenn Entscheidungen auf leibhaftige Personen festgemacht sind, die man auch zur Verantwortung ziehen kann. Wollen wir seriös von Hochschulautonomie sprechen, dann ist ein Loslassen des Staates im laufenden Universitätsbetrieb dringend erforderlich. Anreizmomente für den einzelnen sind erst dann gegeben, wenn staatliche Personal- und Sachmittel flexibel, d. h. an den wandelhaften Lehr- und Forschungsbedingungen (u. a. Drittmittelsituation) orientiert und eingesetzt werden.

Starres Planstellendenken hat Kostenbewußtsein verhindert, das am Anfang jeder Dispositionsphantasie steht. Die traditionelle Kameralistik hat in einem Lehr- und Forschungsbetrieb schon deshalb nichts mehr verloren, weil Fachrichtungen aufs engste vernetzt sind, weil die Drittmittelkomponente oft dominiert und die Arbeitsabläufe angesichts der scharfen internationalen Wettbewerbssituation nicht mehr auf Jahre voraus planbar sind. Es ist zwar richtig, daß die Forschung an den Universitäten die Muße zum originellen Gedanken und zum sorgfältigen Experiment benötigt. Es ist aber ebenso richtig, daß die internationale Konkurrenz rasches Handeln und tagtägliche Bereitschaft zur Planungskorrektur erfordert.

In einer Reihe technologisch wichtiger Entwicklungsgebiete (wo Defizite schon kurzfristig sichtbar werden) haben wir den Anschluß an die Weltspitze verloren, auch wenn wir einst den Dieselmotor, die Luftverflüssigung und die Ammoniaksynthese erfunden haben. Dafür wären viele Ursachenkomponenten namhaft zu machen. Dazu gehört aber auch, daß Gesellschaft und Politik für 25 Jahre allen ernstes geglaubt haben, die Gleichheit von Chancen in der Gleichheit der Universitäten abbilden zu können. Kein vernünftiger Mensch wird Patentrezepte zur Lösung aus der Krise erwarten. Doch soviel ist klar: Mut müssen die Universitäten wieder schöpfen, Mut zur Entscheidung, Mut zur Lücke, Mut zum unternehmerischen Risiko. Wachstum kann nicht „mehr“ bedeuten, sondern muß „besser“ heißen. ■